

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 24.09.2012

Raum: Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 17:28 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

ordentliche Mitglieder

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Thorsten Bohmann CDU

Herr Oliver Finkeisen CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Thorsten Menke CDU

Herr 2. stv. BM Klaus Hillen FFR

Herr Wilhelm Janßen SPD

Herr Rainer Meyer SPD

Herr Horst Segebade SPD

Herr Michael Köver B90/Grüne

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Günther Henkel

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Fritz Sundermann

Herr Stefan Unnewehr

Herr Frank Dudek

Herr Ralf Kobbe

Gäste

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede
sowie ein weiterer Zuhörer

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.02.2012
- 4 Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"
Vorlage: 2012/151
- 5 Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"
Vorlage: 2012/154
- 6 Festsetzung der Gebührensätze 2013 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser
Vorlage: 2012/163
- 7 Gebührensatzsatzung 2013 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung
Vorlage: 2012/168
- 8 Überörtliche Kommunalprüfung 2008 bis 2010
Vorlage: 2012/145
- 9 Einführung einer Niederschlagswassergebühr - Antrag B'90/Die Grünen
Vorlage: 2012/169
- 10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013
Vorlage: 2012/149
- 11 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 16.00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.02.2012

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 13.02.2012 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

**Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"
Vorlage: 2012/151**

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge für die Abhaltung des Wochenmarktes und bemerkt, dass die Verwaltung auf Grundlage der bisherigen Ergebnisse vorschlägt, die Interessenquote und den Gebührensatz unverändert zu lassen. Er weist in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass es für die Jahre 2009 bis 2011 keine abgeschlossene Kostenrechnung gibt, sodass auch die bei der Berechnung der Gebühr mit einfließenden Regiekosten und Abschreibungen noch nicht exakt feststehen.

Herr Bohmann begrüßt die Beibehaltung der Standgebühr und weist darauf hin, dass der attraktive Wochenmarkt sehr gut von der Rasteder Bevölkerung angenommen wird, was letztendlich auch die 20-prozentigen Interessenquote rechtfertigt.

Beschlussempfehlung:

Der Gebührensatz für Marktstandgelder wird nicht verändert. Er beträgt weiterhin 1,60 € pro laufende Meter.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 5

**Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"
Vorlage: 2012/154**

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek erläutert eingangs anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“.

Herr Ahlers zeigt sich erfreut darüber, dass nach der durch die zusätzlichen Deponiekosten im vergangenen Jahr verursachte leichte Steigerung der Gebühr in diesem Jahr der Gebührensatz konstant bleibt.

Herr Köver hinterfragt, warum die Deponiekosten für 2013 um rund 5000 Euro höher angesetzt wurden, als tatsächlich in 2011 benötigt wurde.

Herr Dudek legt dar, dass weitergehende Erfahrungswerte noch nicht vorliegen und seitens der Verwaltung bei der Veranschlagung eher etwas pessimistisch herangegangen wird.

Beschlussempfehlung:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnende Einrichtung „Straßenreinigung“ folgender Gebührensatz ab 2013 festgelegt wird:

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 22,50 €pro Einheit.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Festsetzung der Gebührensätze 2013 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

Vorlage: 2012/163

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek erläutert eingangs anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser. Er weist insbesondere darauf hin, dass es bei der dezentralen Abwasserbeseitigung trotz erheblicher Schwankungen gelungen ist, eine seit Jahren konstante Gebühr zu halten.

Herr Menke begrüßt, dass es Rat und Verwaltung in den vergangenen zehn Jahren gelungen ist, ohne große Gebührensprünge sowohl Defizite als auch Überschüsse bei der zentralen Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser mittelfristig abzubauen. Er spricht sich dafür aus, auch künftig so zu verfahren, um auch den Bürgerinnen und Bürgern Planungssicherheit zu geben.

Herr Köver hinterfragt, wie lange der günstige Gebührensatz durchgehalten werden kann und ob mit der Reduzierung der Gebühr auch der vom Landesrechnungshof geforderte Überschussabbau in drei Jahren möglich ist.

Herr Dudek führt aus, dass mit dem Gebührensatz von 2,40 Euro ein mittelfristiger Abbau des Überschusses über mehrere Jahre möglich ist. Um die Forderung des Landesrechnungshofes zu erfüllen, müsste eine deutlich stärkere Senkung der Gebühr erfolgen, was jedoch zur Folge hätte, dass anschließend die Gebühr wieder sprunghaft steigen würde.

Herr Segebade führt aus, dass die Gemeinde Rastede mit dem bewährten und bürgerfreundlichen Modell sehr gut gefahren ist und keine Notwendigkeit besteht, von der konstanten und verlässlichen Gebührenpolitik abzuweichen. Im Übrigen würden jährliche Gebührensprünge die Bürgerinnen und Bürger nur verunsichern.

Herr Langhorst hinterfragt, ob die aufgelaufenen Überschüsse für anstehende Investitionen im Bereich der Kläranlage wie zum Beispiel für den Bau eines Faulturmes verwendet werden können.

Herr Henkel erklärt, dass der Überschuss nicht bar zur Verfügung steht, sondern als virtuelles Darlehen den Gesamthaushalt stützt, was zur Folge hat, dass mit der Senkung der Gebühr im kommenden Jahr auch eine Mehrbelastung des Haushaltes einhergeht.

Beschlussempfehlung:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ folgende Gebührensätze ab 2013 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,40 €

2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- | | |
|--|---------|
| a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamm | 63,00 € |
| b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamm | 52,50 € |

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Gebührensatzsatzung 2013 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung
Vorlage: 2012/168

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2012/168 beigefügte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2013 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

Überörtliche Kommunalprüfung 2008 bis 2010

Vorlage: 2012/145

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek weist darauf hin, dass die Verwaltung vom Grundsatz her mit dem Ergebnis der ersten überregionalen Kommunalprüfung zufrieden ist. Vor allem vor dem Hintergrund, dass es landesweit erst wenige Kommunen gibt, die ihren ersten doppischen Jahresabschluss erstellt haben, ist das Ergebnis was die Einführung und Umsetzung der Doppik betrifft, als positiv zu werten. Er legt allerdings auch dar, dass aufgrund des engen Zeitfensters einige Vorschriften noch nicht eingehalten werden konnten, was letztendlich zu den beschriebenen Beanstandungen geführt hat.

Frau Lamers bemerkt, dass von externer Stelle ein sehr interessanter Bericht vorgelegt wurde, der auch aussagekräftige Feststellungen zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde liefert. So wird beispielsweise bescheinigt, dass die Gemeinde Rastede über eine tragfähige finanzielle Grundlage verfügt, die die dauernde Leistungsfähigkeit sichert. Darüber hinaus werden wichtige Handlungsoptionen aufgezeigt, die künftig noch näher zu betrachten und zu beurteilen sind.

Herr Langhorst sieht ebenso wie Frau Lamers zahlreiche positive Aspekte, gibt aber auch zu bedenken, dass bei der Kurzfassung der Prüfungsergebnisse einige Probleme aufgezeigt werden, die es Wert sind, näher betrachtet zu werden. Insbesondere die Verstöße gegen die Grundsätze der Einnahmebeschaffung und die Gebührenerhebungspflicht im Zusammenhang mit der Niederschlagswasserbeseitigung müssen aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen näher aufgearbeitet werden.

Beschlussempfehlung:

Der Prüfbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes - überörtliche Kommunalprüfung - über die ordnungsmäßige und wirtschaftliche Führung des gemeindlichen Haushalts- und Kassenwesens sowie den Finanzstatus der Gemeinde Rastede für die Haushaltsjahre 2008, 2009 und 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Einführung einer Niederschlagswassergebühr - Antrag B'90/Die Grünen
Vorlage: 2012/169

Sitzungsverlauf:

Herr Köver erläutert zunächst die wesentlichen Inhalte des vorgelegten Antrages und macht ergänzend darauf aufmerksam, dass mit einer zeitnahen Einführung der Gebühr neben der langfristigen Verbesserung der Haushaltslage auch erreicht werden soll, dass sich Bürgerinnen und Bürger Gedanken darüber machen, ihr Grundstück aus ökologischer Sicht zu entsiegeln und damit eine Versickerung des Regenwassers zu ermöglichen. Gleichzeitig soll die vorherrschende Ungerechtigkeit zwischen Haushalten, die am Regenwasserkanal angeschlossen sind und denen die im Außenbereich das Regenwasser versickern, aufgehoben werden, da bislang angeschlossene Haushalte im Innenbereich mit der freiwilligen Leistung bevorzugt werden.

Herr Finkeisen betont, dass sich die CDU-Fraktion grundsätzlich mit allen Themen umfassend auseinandersetzt und vor einer entsprechenden Beschlussfassung wissen möchte, was den Bürgerinnen und Bürgern mit der Einführung einer Niederschlagswassergebühr zugemutet wird. Vor diesem Hintergrund schlägt er vor, zunächst einen ergebnisoffenen Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben.

Herr Segebade ergänzt, dass ein umfassender Prüfauftrag zur Ermittlung verlässlicher Zahlen unumgänglich ist, wobei neben den Einnahmen auch die Kosten für die Ermittlung der Daten und einer möglichen Einführung vorzulegen sind, um sachgerecht abwägen zu können.

Herr Köver zeigt sich erfreut darüber, dass sich die CDU- und SPD-Fraktion in der Sache bewegt und betont, dass bei der Ermittlung der Daten auch auf Erfahrungen anderer Kommunen zurückgegriffen werden kann.

Herr Finkeisen legt dar, dass sofern die Gebühr aus finanzieller Sicht in den kommenden Jahren nicht benötigt wird, eine Einführung auf Grundlage der heutigen Beratung nicht zwangsläufig erfolgen muss.

Herr Langhorst erinnert an den jüngsten Finanz- und Wirtschaftsausschuss und weist darauf hin, dass bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Dazu gehört wie bereits vom Landesrechnungshof im Rahmen der Kommunalprüfung angemerkt selbstverständlich auch die kritische Auseinandersetzung mit der Oberflächenentwässerung.

Frau Lamers spricht sich ebenfalls dafür aus, einen Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben, damit vor einer möglichen Beschlussfassung allen Beteiligten klar ist, welche finanziellen Auswirkungen mit der Einführung der Gebühr einhergehen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, umfassende Informationen zur Einführungen einer Niederschlagswassergebühr vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 10

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013

Vorlage: 2012/149

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel stellt anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, den Haushaltsplanentwurf vor und macht dabei deutlich, dass derzeit der Ergebnishaushalt trotz positiver Einnahmeansätze noch ein Defizit von rund 800.000 aufweist, was insbesondere durch Mehraufwendungen beim Personal, bei der Bewirtschaftung der Gebäude und durch Zuschüsse an die Kindertagestätten verursacht wird. Er weist darauf hin, dass es Ziel von Rat und Verwaltung sein muss, den Haushalt in jedem Fall auszugleichen, um letztendlich nicht dem Diktat der Kommunalaufsicht zu unterliegen. Um den Ausgleich zu erreichen, ist es aus Sicht der Verwaltung zwingend notwendig, alle Ausgaben und Aufgaben zu überprüfen und über Erhöhungen spezieller Entgelte nachzudenken. Zu den vorgesehenen Investitionen führt Herr Henkel aus, dass insgesamt 9,7 Millionen Euro für investive Maßnahmen eingeplant sind, wobei der Großteil mit rund 4,4 Millionen Euro für Grunderwerb und Erschließung vorgesehen ist. Darüber hinaus stehen weitere große Investitionen mit dem Neubau der Sportanlage am Köttersweg, dem Faulturm beim Klärwerk und der energetischen Sanierung der KGS an. Hinsichtlich der weiteren Sitzungsterminierung weist er darauf hin, dass der für die weitere Haushaltsberatung wichtige Grundbetrag für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen erst Mitte November bekannt gegeben wird, sodass der ursprünglich für den 19. November vorgesehene Finanz- und Wirtschaftsausschuss auf den 3. Dezember verlegt werden musste.

Frau Lamers gibt zu verstehen, dass es für Außenstehende paradox klingt, keine Schulden zu haben und auf der anderen Seite vor einem nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu stehen. Um am Ende jedoch auch in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können, ist es richtig und wichtig eine umfassende Prüfung des gesamten Zahlenwerkes sowie der Gebühren und Leistungen in den Fachausschüssen vorzunehmen.

Herr Segebade dankt der Verwaltung für die umfassende Darstellung und betont, dass bei der auch aus Sicht der SPD-Fraktion nötigen Überprüfung aller Leistungen und Gebühren die sozialverträgliche Komponente beachtet werden muss. Ebenso wie Frau Lamers betont er außerdem, dass es oberstes Ziel sein muss, am Ende einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können.

Herr Köver schließt sich den Ausführungen von Herrn Segebade weitestgehend an, ergänzt jedoch, dass aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Anhebung der Gewerbesteuer eine Möglichkeit darstellt, den Haushaltsausgleich nicht zulasten der sozial schwächeren Bevölkerung vorzunehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Köver erläutert Herr Henkel, dass die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe in gleicher Höhe wie bisher eingeplant sind.

Beschlussempfehlung:

Die Haushaltsplanung wird in die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 11

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst schließt die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 17:28 Uhr.